



Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

Frau Schacknat

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 26565

E-Mail: Melina.Schacknat@STADT-KOELN.DE

Datum: 22.01.2020

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 02.12.2019, 17:00 Uhr bis 18:08 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU	
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD	
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Frank Schneider	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Thomas Hegenbarth	SPD	
Herr Stephan Pohl	CDU	
Frau Prof. Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE	vertreten durch Herrn Frank ab 17:45 Uhr
Herr Manfred Richter	GRÜNE	
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Erkelenz	CDU	vertritt Herrn Werner Marx
Herr Jörg Frank	GRÜNE	vertritt Frau Prof. Dr. Birgitt Killersreiter ab 17:45 Uhr
Frau Katja Hoyer	FDP	vertritt Herrn Volker Görzel

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	auf Vorschlag der AfD
Herr Florian Franzen	auf Vorschlag der FDP
Herr Thomas Hilden	auf Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen
Herr Pascal Pütz	auf Vorschlag der SPD
Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK

Frau Chantal Schalla	auf Vorschlag der SPD
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU
Herr Christoph Schmitz	CDU

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Peter Neuhaus	SC Janus e.V.	vertritt Herrn Alf Spröde
--------------------	---------------	---------------------------

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller
Frau Andrea Rzany
Frau Dr. Monique Offelder
Herr Olaf Wagner
Herr Wolfgang Büscher

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Bettina Mötting

Gesamtpersonalrat

Herr Jörg Dicken

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Werner Marx	CDU	vertreten durch Herrn Martin Erkelenz
Herr Volker Görzel	FDP	vertreten durch Frau Katja Hoyer

Beratende Mitglieder

Herr Tjark Sauer	Linke
Herr Markus Wiener	

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
----------------	------------

Beratende Mitglieder

Herr Alf Bernd Spröde	Völklinger Kreis e.V.	vertreten durch Herrn Peter Neuhaus
Frau Alexandra Staufenbiel	auf Vorschlag der CDU	
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE	

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des AVR und begrüßt die Anwesenden.

Er teilt mit, dass Frau Staufenbiel und Herr Marx entschuldigt fehlen.

Im Anschluss trägt der Vorsitzende die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung im öffentlichen Teil vor:

- 3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zur Beantwortung der Anfrage AN/1259/2019 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Parkraumüberwachung"
4062/2019
(zugesetzt am 02.12.2019)
- 4.6 Fördermittelakquise und -abwicklung von EU Drittmitteln hier: Sachstandsbericht 3622/2019
(zugesetzt am 22.11.2019)
- 4.7 Personalbericht 2018/2019
3914/2019
(zugesetzt am 26.11.2019)
- 4.8 Erfahrungsbericht Inklusionsvereinbarung
4091/2019
(zugesetzt am 02.12.2019)
- 10.11 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln
3220/2019
(zugesetzt am 25.11.2019)
- 10.12 Errichtung der "MAKK-Förderstiftung"
3284/2019
(zugesetzt am 25.11.2019)
- 10.13 3. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18.11.2014
3688/2019
(zugesetzt am 26.11.2019)
- 11.1 Roncalliplatz; hier: Antrag auf Durchführung der Konzertreihe "Legenden - Weltstars auf dem Roncalliplatz 2020"
3875/2019
(zugesetzt am 25.11.2019)
- 11.2 Integration der Veranstaltung „STRASSENLAND“ in den NRW Tag 2020
3934/2019
(zugesetzt am 29.11.2019)

Anschließend teilt er den Vorschlag der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung im nicht-öffentlichen Teil mit:

17.6 Bedarfsfeststellung für die Kommunalwahl, Oberbürgermeister/in Wahl und Integrationsratswahl 2020
3609/2019
(*zugesehen am 25.11.2019*)

Der Vorsitzende erläutert, dass die Verwaltung die unter TOP 9.1 geführte Vorlage 3022/2019 „Veranstaltung „STRASSENLAND“ 2020“ zurückzieht, da sich diese durch die unter TOP 11.2 geführte Vorlage (3934/2019) erledigt habe.

Darüber hinaus teilt der Vorsitzende mit, dass sich die zurückgestellte Ursprungsvorlage 3421/2019 durch die heute unter TOP 11.1 geführte Vorlage 3875/2019 (Roncalliplatz; hier: Antrag auf Durchführung der Konzertreihe „Legenden – Weltstars auf dem Roncalliplatz 2020“) erledigt habe.

Im Anschluss erkundigt sich der Vorsitzende nach weiteren Änderungswünschen zur Tagesordnung.

MdR Dr. Krupp schlägt vor, die unter TOP 10.1 (1248/2019 „Sitzen statt Parken – Außengastronomie auf Stellplätzen“) und TOP 10.5 (2763/2019 „Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen“) geführten Vorlagen zusammen zu behandeln, da die SPD-Fraktion hier ein korrespondierendes Thema sehe. Aktuell seien die in den beiden Vorlagen behandelten Themen nicht gut miteinander verbunden. Inhaltlich werde insbesondere die Vorlage „Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen“ für sehr gut befunden, man vermisste jedoch die Koordination zwischen den beiden Vorlagen.

MdR Pohl bittet ergänzend zu den Ausführungen MdR Dr. Krupps darum, die unter TOP 10.1 geführte Vorlage „Sitzen statt Parken – Außengastronomie auf Stellplätzen“ ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Diese werde abschließend im Verkehrsausschuss behandelt. Zudem bittet MdR Pohl darum die unter TOP 4.5 geführte Mitteilung 3639/2019 „Sachstandsmitteilung zum Personalrisikomanagement zurückzustellen, da diese erst kurzfristig eingegangen sei.

Der Vorsitzende teilt mit, dass zudem die Bitte bestehe, die unter TOP 10.9 und TOP 10.10 geführten Vorlagen ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

MdR Richter führt aus, dass die Beratungsfolge der unter TOP 10.5 geführten Vorlage „Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen“ in der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren um drei weitere Gremien ergänzt worden sei. Er sei der Meinung, dass die Ergebnisse dieser abgewartet und entsprechend gewürdigt werden sollten.

MdR Dr. Krupp entgegnet, dass die SPD-Fraktion beiden Vorlagen inhaltlich etwas abgewinnen könne, jedoch den Eindruck habe, diese liefen in der Verwaltung nicht synchron nebeneinander her. So habe man in der einen Vorlage das Ziel breiterer Gehwege, in der anderen wiederum wolle man mehr Platz für die Außengastronomie schaffen. Dies weise durchaus Potential für einen Interessenkonflikt auf. Aus diesem Grunde sei es angebracht, die beiden Vorlagen synchron und auch in denselben Ausschüssen zu behandeln. Dies sei bislang nicht gewährleistet. MdR Krupp bittet als Möglichkeit einer Heilung darum, dass die Verwaltung, auch in die nachfolgenden Gremien, eine Anlage einbringt, aus der hervorgeht, wie das Zusammenlaufen der beiden Vorlagen angedacht sei. Seitens der SPD-Fraktion werde ein Gesamtkonzept vermisst. In der derzeit nebeneinander laufenden Form seien beide Vorlagen für diese nicht zustimmungsfähig.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, dass es in der einen Vorlage um Außengastronomie auf Stellplätzen gehe und in der anderen darum, Gehwege freizuhalten. Er könne demzufolge auf Anhieb keine Überschneidungen ausmachen. An dieser Stelle seien durchaus Konflikte denkbar, grundsätzlich gehe es hier jedoch um zwei verschiedene Dinge.

MdR Dr. Krupp entgegnet, dass teilweise Gehwege mit Parktaschen kombiniert seien und es somit durchaus zu Interessenkonflikten kommen könne.

MdR Hoyer schließt sich den Ausführungen MdR Richters an. Nicht in jedem der anderen Ausschüsse würden beide Vorlagen behandelt. Zudem sei das Thema Außengastronomie in der Synopse zur Barrierefreiheit ihrer Ansicht nach ausreichend dargestellt und somit durchaus beschlussfähig. Man würde sich auch darauf einlassen, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, vollständig nachvollziehbar seien die Ausführungen des MdR Dr. Krupp aus ihrer Sicht jedoch nicht.

MdR Dr. Krupp erklärt sich damit einverstanden, die Vorlage 1248/2019 ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Für die SPD-Fraktion bestehe dennoch das Problem, dass die Vorlagen zusammengedacht werden müssten. Aus diesem Grunde unterstreicht er den Wunsch nach einer Anlage der Verwaltung, in der das Zusammenwirken der beiden Vorlagen dargestellt werde.

MdR Richter unterbreitet den Vorschlag, die Vorlage 1248/2019 („Sitzen statt Parken – Außengastronomie auf Stellplätzen“) ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen und die Vorlage 2763/2019 („Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen“) zurückzustellen. Dies führe dazu, dass beide Vorlagen vom jeweils federführenden Ausschuss im Januar behandelt würden und innerhalb der Fraktionen ein Zusammendenken der beiden Vorlagen möglich sei.

Der Vorsitzende fasst den Vorschlag des MdR Richter zusammen und stellt dar, dass dem Vorschlag entsprechend verfahren werde.

Der Vorsitzende nimmt die Vorschläge entsprechend auf und lässt formell über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Internationales**
- 3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**
- 3.1 Internationale Jugendbegegnungen und Fachkräfteaustausch; hier: aktualisierte Mitteilung
3297/2019

- 3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zur Beantwortung der Anfrage AN/1259/2019 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Parkraumüberwachung"
4062/2019

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Bleiberechtigtenperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln (Ratsbeschluss vom 20.03.2018 - Vorlagen Nr. 0342/2018)
2875/2019
- 4.2 Sachstandsbericht: Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplans der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus
3486/2019
- 4.3 Jahresbericht 2017/2018 Kölner Anti Spray Aktion
3505/2019
- 4.4 Aktuelle Rechtsprechung zu "Airbnb"
3722/2019
- 4.5 Sachstandsmitteilung zum Personalrisikomanagement
3639/2019
- 4.6 Fördermittelakquise und -abwicklung von EU Drittmitteln hier: Sachstandsbericht
3622/2019
- 4.7 Personalbericht 2018/2019
3914/2019
- 4.8 Erfahrungsbericht 2018 zur Inklusionsvereinbarung
4091/2019

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

9 Platzvergaben

- ~~9.1 Veranstaltung "STRASSENLAND" 2020
3022/2019
(zurückgestellt aus den Sitzungen vom 16.09.2019 und 28.10.2019; bitte halten Sie die Unterlagen bereit)~~

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Sitzen statt Parken - Außengastronomie auf Stellplätzen
1248/2019
- 10.2 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln
2476/2019
- 10.3 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln
2604/2019
- 10.4 Fortführung des kombinierten Programms "Win-Win für Köln", haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates über eine Kostensteigerung bei der Sanierung des Rheinparkcafés sowie Antrag auf Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung
2720/2019
- 10.5 Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen
2763/2019
- 10.6 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln
2908/2019
- 10.7 Beschluss über die Planung und Durchführung eines Wettbewerblichen Dialogverfahrens sowie der anschließenden integrierten Planung zur Entwicklung eines städtebaulichen Masterplans auf Grundlage des Leitbildes Kreuzfeld – Ein gutes Stück Köln sowie Beschluss über die Beauftragung eines verfahrensbegleitenden Moderationsbüros und Beschluss über die Vergabe von Gutachten hier: Bedarfsfeststellung
3536/2019
- 10.8 Beitritt der Stadt Köln zur Blockchain-Genossenschaft „govdigital eG“
3475/2019
- 10.9 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
3252/2019
- 10.10 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren
3253/2019
- 10.11 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln
3220/2019
- 10.12 Errichtung der "MAKK-Förderstiftung"
3284/2019

- 10.13 3. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18.11.2014
3688/2019

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

- 11.1 Roncalliplatz:
hier: Antrag auf Durchführung der Konzertreihe "Legenden - Weltstars auf dem Roncalliplatz 2020"
3875/2019

- 11.2 Integration der Veranstaltung „STRASSENLAND“ in den NRW-Tag 2020
3934/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

13 Mitteilungen der Verwaltung

- 13.1 Erweiterte Bedarfsprüfung zum Umzug des Amtes 34 Bürgerdienste
3768/2019

14 Schriftliche Anfragen

15 Mündliche Anfragen

16 Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

- 17.1 Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur Lieferung von Netzwerkkomponenten zum weiteren Netzausbau und der Erneuerung bestehender Installation an Kölner Schulen (CAS)
3439/2019

- 17.2 Bedarfsfeststellung zur Einführung eines gesamtstädtischen Digital Asset Managements
3466/2019

- 17.3 Bedarfsfeststellung zur Verlängerung eines Rahmenvertrages mit der Firma ESRI über Software, Software-Pflege, Dienst- und Schulungsleistungen für 2020-2022
3470/2019

- 17.4 Bedarfsfeststellung zur Büroflächenerweiterung für die Kernverwaltung bis 2021
3414/2019

- 17.5 Prüfbericht über die Regelung zur IT-Sicherheit der Stadt Köln
3108/2019

- 17.6 Bedarfsfeststellung für die Kommunalwahl, Oberbürgermeister/in Wahl und Integrationsratswahl 2020
3609/2019

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Internationale Jugendbegegnungen und Fachkräfteaustausch; hier: aktualisierte Mitteilung 3297/2019

MdR Möller bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage. Sie erkundigt sich, was mit den in das nächste Jahr übertragbaren Fördermitteln geplant sei und in welcher Höhe diese vorliegen. Darüber hinaus bittet sie darum, die vorgesehenen Auswertungsunterlagen zur Kenntnis zu erhalten. Ferner nimmt sie Bezug auf den Passus, dass lediglich Träger der freien Jugendhilfe antragsberechtigt seien. Sie bittet um Erläuterung, ob Möglichkeiten bestehen, interessierte Vereine ebenfalls in dieses Antragsverfahren einzubringen.

Frau Mörtl teilt mit, dass im Bereich „weltweit“ noch etwa 10.000,- Euro übrig seien. Im Bereich „Israel“ seien noch über diesen Betrag hinausgehende Mittel verfügbar. Diese Mittel würden im kommenden Jahr auf dieselbe Weise ausgeschrieben wie in diesem Jahr. Die Evaluation werde erst nach Abschluss des Kalenderjahres 2019 begonnen, da sich derzeit noch einige Maßnahmen in der Abwicklung befänden. Sobald diese Evaluation vorliege, werde der Ausschuss informiert. Frau Mörtl erläutert, dass für Städtepartnerschaftsvereine die Möglichkeit bestehe, sich in Kooperation mit Trägern der freien Jugendhilfe an derartigen Maßnahmen zu beteiligen.

MdR Möller erkundigt sich, ob die Möglichkeit der Antragsstellung von Vereinen in Kooperation mit den Trägern der freien Jugendhilfe bekannt gemacht worden sei.

Frau Mörtl teilt mit, dass diese Möglichkeit an alle Vereine entsprechend kommuniziert worden sei.

Frau Schalla bedankt sich ebenfalls für die Beantwortung. Sie führt aus, man habe sich in der Sitzung des AVR vom 16.09.2019 insbesondere für den Fachkräfteaustausch und die für diesen verwendeten Mittel interessiert. Es läge nun zwar eine Aufstellung über die stattgefundenen Veranstaltungen und Fahrten vor, nicht jedoch eine über die dafür verwendeten Mittel. Dementsprechend sei auch auf Seiten der FDP-Fraktion das Interesse an einer Evaluation sehr hoch. Sie erkundigt sich, wann mit dieser zu rechnen sei.

Frau Mörtl erläutert, dass die Maßnahmen für die Fachkräfte ausschließlich über Haushaltsmittel finanziert worden seien. Sie teilt mit, dass bereits alle Maßnahmen stattgefunden haben. Da die letzte Maßnahme jedoch erst zwei Wochen zuvor stattgefunden habe, werde für die Evaluation noch ein wenig Zeit benötigt. Frau Mörtl benennt das erste Quartal 2020 als voraussichtlichen Zeitpunkt.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zur Beantwortung der Anfrage AN/1259/2019 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Parkraumüberwachung" 4062/2019

MdR Richter bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage. Er halte es für bemerkenswert, dass es im Jahr 2018 lediglich 189 Abschleppvorgänge von auf Fahrradwegen parkenden Fahrzeugen in ganz Köln gegeben habe. Auch die Erläuterung, dass der Radverkehr aufgrund der Steigerungen im Jahr 2019 an Bedeutung zunehme, verwundere ihn. In diesem Bereich sei bereits seit Jahren eine Zunahme zu registrieren. MdR Richter kündigt an, in anderen Gremien noch intensiver nachzufragen. Für ihn mache es nach wie vor den Eindruck, als seien derartige Verkehrsverstöße ein Kavaliersdelikt.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln (Ratsbeschluss v. 20.3.2018 - Vorlagen Nr. 0342/2018) 2875/2019

MdR Tokyürek teilt mit, dass sie eine Verständnisfrage zu den 71 rot eingefärbten Fällen habe. Diese Fälle würden die Voraussetzungen derzeit nicht erfüllen, jedoch an die Träger weitergeleitet, um eine Aufenthaltsperspektive zu ermöglichen beziehungsweise offenzuhalten. Sie erkundigt sich, ob dies so zu verstehen sei, dass irgendwann eine Perspektive vorliegen könne und diese Personen dann die Möglichkeit zum Erhalt eines Aufenthaltstitels bekämen.

Dies wird seitens der Verwaltung bejaht.

Darüber hinaus erkundigt sich MdR Tokyürek bei wie vielen Personen es Schwierigkeiten in der Kooperation gebe und welche Lösungsmöglichkeiten hier vorlägen.

Herr Dr. Becker erläutert, dass es sich hier dem Grunde nach um ein pädagogisches Projekt handele. Man sei mit Personen in Kontakt, die bis dato nahezu keine Berührungspunkte mit dem Ausländeramt gehabt hätten, außer sie wollten ihre Duldung verlängern. Nun sei es jedoch wie vom Gesetzgeber vorgesehen so, dass dort auch die Bleiberechtsperspektiven behandelt würden. Es handele sich um etwa 800 bis 900 Fällen in unterschiedlicher Ausprägung. Herr Dr. Becker erläutert die unterschiedlichen Untergruppen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 Sachstandsbericht: Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplans der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus 3486/2019

MdR Möller teilt mit, dass die SPD-Fraktion zu dem vorliegenden Bericht eine Anregung habe. Es sei deutlich erkennbar, dass der Antisemitismus in den vergangenen Jahren zugenommen habe. Nicht umsonst sei durch die Oberbürgermeisterin ein Antisemitismusbeauftragter für die Stadt Köln ernannt worden. Im Titel sowie auch in manchen Aussagen des Berichtes spiegele sich dies jedoch nicht wider. Dies könne damit zusammen-

hängen, dass die Städtekoalition bereits im Jahr 2005 entstanden sei und die Problematik des Antisemitismus zu diesem Zeitpunkt gegebenenfalls noch nicht derart ausgeföhrt und bekannt gewesen sei. Aus diesem Grunde erkundigt sich MdR Möller, welche Voraussetzungen für eine Ergänzung des Titels um den Begriff Antisemitismus notwendig wären.

Die Verwaltung sichert eine Stellungnahme zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Jahresbericht 2017/2018 Kölner Anti Spray Aktion 3505/2019

Der Vorsitzende spricht seinen Dank für die geleistete Arbeit und die erkennbaren Fortschritte aus.

MdR Dr. Elster schließt sich dem Dank seines Vorredners an und hebt insbesondere die auf Seite sechs des Jahresberichtes unter Priorität eins geföhrt Beseitigungen von Schmierereien hervor. Anhand der hohen Anzahl von Einsätzen und des Ausmaßes der gereinigten Fläche, werde die Wichtigkeit der Kölner Anti Spray Aktion (KASA) für das Erscheinungsbild der Stadt deutlich.

MdR Hegenbarth hebt die an einigen Stellen durchgeföhrt Präventionsmaßnahmen, wie beispielsweise die „Mittwochsmaler“ des Sozialdienstes katholischer Männer (SKM) positiv hervor. Er bittet darum, spätestens im folgenden Jahr über dieses sowie ähnliche präventive Projekte ausweitend zu berichten. Derartige Projekte seien zur Verhinderung der Verschmutzungen sinnvoll und wichtig.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller sichert zu, die angesprochenen Projekte in die zukünftigen Berichte mitaufzunehmen.

Herr Büscher teilt ergänzend zu den Darstellungen der Vorlage mit, dass das im Bericht dargestellte Projekt aus Bilderstöckchen nun auch am Kalkberg durchgeföhrt worden sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Aktuelle Rechtsprechung zu "Airbnb" 3722/2019

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.5 Sachstandsmitteilung zum Personalrisikomanagement 3639/2019

Die Mitteilung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

4.6 Fördermittelakquise und -abwicklung von EU Drittmitteln hier: Sachstandsbericht 3622/2019

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.7 Personalbericht 2018/2019 3914/2019

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass der Personalbericht am Tage der Sitzung des Arbeitskreises der SPD-Fraktion vorgelegen habe. Somit habe bereits die Möglichkeit bestanden, Einsicht zu nehmen und der Sorge bezüglich des Krankenstandes bei der Stadt Köln Ausdruck zu verleihen. Gleichwohl bittet er darum, den Bericht in der kommenden Sitzung des AVR erneut auf die Tagesordnung zu nehmen, um eine ausreichende Würdigung zu ermöglichen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, dass der Personalbericht jedes Jahr vorlegt werde. In diesem Jahr sei er in einer neuen ansprechenden Form erschienen, die er sehr begrüße und dem Personal- und Verwaltungsmanagement sowie dessen Leiter seinen Dank dafür ausspricht. Es werde über viele positive Dinge aus der Personalarbeit berichtet und Rechenschaft abgelegt. Herr Stadtdirektor Dr. Keller äußert sich positiv zum Wunsch der Fraktionen, den Bericht durch erneutes Aufrufen einer entsprechenden Würdigung zu unterziehen. Er bittet jedoch ausdrücklich darum, den Fokus dann nicht ausschließlich auf die Frage der Krankenquote zu richten. Es handele sich hierbei um ein Thema, welches die Stadt viel beschäftige. In diesem Zusammenhang teilt er mit, dass sich beispielsweise auch am darauffolgenden Tag auf dem Tag der Amtsleitungen ausführlich mit dem Thema Betriebliches Gesundheitsmanagement und einer strategischen Gesundheitsplanung für die Beschäftigten auseinandergesetzt werde. Eine Reduzierung des Personalberichtes auf die Frage, ob eine Krankenquote von 8,52 Prozent oder 8,71 Prozent vorliege, halte er, insbesondere auch mit Blick auf die in den Bericht investierte Arbeit, für nicht angemessen. Darüber hinaus möchte er bei der Diskussion um die Krankenquote, bei der es sich um eine sehr ernst zu nehmende Kennzahl handele, auch davor warnen, einen unpassenden Vergleich zu ziehen. So sei beispielsweise in dem angesprochenen Presseartikel ein Bundesdurchschnitt angegeben worden. Bei diesem handele es sich um eine von den Krankenkassen herausgegebene Zahl, bei der zur Berechnung andere Daten als Grundlage verwendet würden als bei der Stadt Köln. Bei den Berechnungen der Stadt Köln würden auch die Langzeiterkrankten über die Entgeltfortzahlung hinaus bei der Statistik berücksichtigt. Demzufolge sei die Sichtweise, dass die Krankenquote bei der Stadt Köln doppelt so hoch sei, wie im Rest der Bundesrepublik, falsch. Bei Betrachtung kommunaler Vergleichsquoten befinde man sich im Mittelfeld. Man wolle die Quote verbessern, die Abweichung vom Üblichen sei jedoch bei Weitem nicht so groß, dass hier ein dramatischer Befund zu verzeichnen sei.

Der Vorsitzende bittet darum, zur nächsten Sitzung eine Vergleichsdarstellung zu fertigen. Aus dieser solle ersichtlich werden, welche Quote bei den im Bundesgebiet üblichen Standards zur Berechnung vorliegen würde. Dies ermögliche einen besseren und der Darstellung der Stadtverwaltung angemesseneren Vergleich.

MdR Dr. Elster nimmt Bezug auf die im Bericht dargestellte Ausbildungsquote. Diese sei stark angestiegen, was sehr positiv zu bewerten sei. Gleichzeitig stelle sich ihm jedoch die Frage, inwieweit diese Quote noch weiter gesteigert werden könne, da ab einem gewissen Punkt ein Maximum des Leistbaren erreicht sein müsse.

MdR Richter nimmt Bezug auf die im Bericht getätigten Aussagen zu den in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand beziehungsweise in die Rente eintretenden Mitarbeitenden. Er äußert sich positiv zu den bereits in die Wege geleiteten Schritten, um den sich daraus ergebenden zu erwartenden Herausforderungen entsprechend entgegenzutreten zu

können. Darüber hinaus erläutert er, es sei in den vergangenen Jahren häufig so gewesen sei, dass bei der Stadt Köln ausgebildete Personen im Anschluss an die Ausbildung zu Nachbarkommunen wechselten. Er erkundigt sich, ob dieser Trend weiterhin bestehe.

Herr Wagner nimmt Bezug auf die Anfrage von MdR Dr. Elster. Er erläutert, dass man derzeit noch nicht an einem Maximum angekommen sei, allerdings sei eine unlimitierte Steigerung der Ausbildungsquote nicht möglich. Da man die Qualität der Ausbildung weiterhin auf dem derzeitigen hohen Stand beibehalten wolle, sei man bereits bei etwa einem Drittel des Leistbaren angekommen. Derzeit werde die Anwendung einer Feinsteuerung in Betracht gezogen. Bei dieser werde das Verhältnis zwischen Ausbildungsquote und Übernahme von Ersteinsatzkräften in den verschiedenen Ämtern betrachtet. Darüber hinaus werde versucht, weiteres Verbesserungspotential auszuloten. In Bezug auf den Wechsel von Nachwuchskräften zu Nachbarkommunen teilt Herr Wagner mit, dass ihm die genauen Zahlen der innerhalb von 24 oder 36 Monaten nach der Ausbildung Austretenden derzeit nicht vorlägen. Dies sei jedoch kein Thema, welches neben den üblichen Abgängen in den letzten Monaten besonders auffällig geworden sei. In der Vergangenheit habe es das Phänomen gegeben, dass Nachwuchskräfte in einer Größenstärke von ganzen Kursen zu umliegenden Städten gewechselt seien. Dies sei in den letzten zwei Jahren nicht mehr der Fall gewesen.

MdR Richter nimmt Bezug auf Seite 41 des Personalberichtes. Bei den „MINT-Berufen“ seien in den nächsten zehn Jahren 609 Austritte aufgrund von Pensionierung oder Rentenbezug zu erwarten. Dies sei eine vergleichsweise hohe Anzahl. MdR Richter erkundigt sich, ob hier mit einem Personalrisiko zu rechnen sei.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller bejaht diese Frage, stellt jedoch gleichzeitig klar, dass dieses Risiko bekannt sei und versucht werde diesem gegenzusteuern.

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

4.8 Erfahrungsbericht 2018 zur Inklusionsvereinbarung 4091/2019

Herr Adolf teilt mit, dass er sich in dieser Sitzung noch nicht zu der Mitteilung äußern könne, da diese als Tischvorlage zur Verfügung gestellt wurde. Gegebenenfalls würden die Äußerungen aber bereits in der kommenden Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik oder aber in der kommenden Sitzung des Sozialausschusses folgen.

MdR Hoyer teilt mit, dass insbesondere im Bereich der Ausbildung ein deutlich stärkeres Engagement erkennbar sei. Üblicherweise steige die Quote an schwerbehinderten Beschäftigten erst mit zunehmendem Alter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Ihr sei jedoch aufgefallen, dass in bestimmten Bereichen, trotz Bewerbungen keine Einstellungen erfolgen. MdR Hoyer nennt hier die Bereiche Informationstechnologie und Projekte als Beispiele. Sie erkundigt sich, aus welchem Grund dies so sei.

Herr Wagner teilt mit, dass es seines Wissens nach keinen speziellen Grund dafür gebe. Die Ursachen seien voraussichtlich darin zu suchen, dass im Rahmen der Personalauswahl keine geeigneten Personen gefunden werden konnten, obwohl schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber bei gleicher Eignung einen Vorzug erhalten. Besondere Einstellungshürden oder sonstige Gründe seien ihm nicht bekannt. Er werde jedoch mit der Ausbildungsleitung Rücksprache halten, ob dort etwas bekannt sei.

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage betreffend "Messenger-Dienst als städtisches Kommunikationsmittel"

MdR Hegenbarth bittet um einen Sachstand zur Nutzung von Messenger-Diensten wie beispielsweise whatsapp für interne sowie externe städtische Kommunikation. Anlass seiner Anfrage sei ein Presseartikel. Die Datenschutzkonformität halte er insbesondere dadurch, dass die Daten der Nutzerinnen und Nutzer auf internationalen Servern abgelegt würden, für fraglich.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass die Nutzung von whatsapp oder anderen Messenger-Diensten als städtisches Kommunikationsmedium nicht zugelassen sei. Die Einführung eines datenschutzkonformen Messenger-Dienstes sei in Bereichen, in denen ein entsprechender Bedarf bestehe, jedoch beabsichtigt. Als Beispiel nennt Herr Stadtdirektor Dr. Keller die Feuerwehr. Dort werde beispielsweise zur Koordination und zur Abstimmung der Dienstpläne ein großer Bedarf gesehen. Man sei derzeit dabei, dies zu pilotieren. An dem Pilotprojekt nehmen derzeit 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teil. Eine gesamtstädtische Ausweitung sei denkbar. Herr Stadtdirektor Dr. Keller sichert eine schriftliche Aufarbeitung in Form einer Mitteilung für die kommende Sitzung des AVR zu.

8 Anträge

9 Platzvergaben

9.1 Veranstaltung "STRASSENLAND" 2020 3022/2019

Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von dieser abgesetzt, da sich die Sache durch die unter TOP 11.2 geführte Dringlichkeitsentscheidung erledigt hat.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Sitzen statt Parken - Außengastronomie auf Stellplätzen 1248/2019

Die Vorlage wurde zusammen mit der unter TOP 10.5 geführten Vorlage 2763/2019 vor Eintritt in die Tagesordnung inhaltlich diskutiert. Im Anschluss an die inhaltliche Diskussion, schlägt MdR Richter vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln
2476/2019**

MdR Dr. Krupp bittet darum, die Vorlage zurückzustellen. Hintergrund dieses Wunsches seien die verschiedenen Rückmeldungen aus den Bezirksvertretungen. Trotz der nun in der Anlage geführten Synopse mit den Voten der Bezirksvertretungen, bestünde noch Beratungs- und Abstimmungsbedarf.

Beschluss:

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln
2604/2019**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die beigefügte aktualisierte Benutzungs- und Entgeltordnung für die Stadtbibliothek Köln und führt damit insbesondere eine zusätzliche Ermäßigung für Menschen mit Schwerbehinderung sowie gegebenenfalls erforderliche Begleitpersonen ein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Fortführung des kombinierten Programms "Win-Win für Köln", haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates über eine Kostensteigerung bei der Sanierung des Rheinparkcafés sowie Antrag auf Bereitstellung einer überplanmäßigen Auszahlung
2720/2019**

MdR Hoyer teilt mit, dass die FDP-Fraktion der Beschlussvorlage lediglich mit Bedenken zustimmen werde. Man habe bei dem Programm „Win-Win für Köln“ die Erfahrung gemacht, dass über viele Jahre hinweg immer wieder dieselben Problematiken aufgekom-

men seien. Zum Schluss sei es dann meist so gewesen, dass wieder der erste Arbeitsmarkt eingeschaltet werden musste. Aus Sicht der FDP-Fraktion werde das Programm daher nicht für so erfolgreich erachtet, wie in der Beschlussvorlage dargestellt. In Hinblick auf die in der Vorlage angesprochene möglicherweise mit Drittmitteln finanzierte Fortführung bittet sie darum, das Programm nun endgültig abzuschließen.

MdR Frank teilt mit, dass die Vorlage ausführlich im Wirtschaftsausschuss besprochen worden sei. In Hinblick auf das Rheinpark-Café könne er seiner Vorrednerin zustimmen. Die Problematiken seien dort jedoch nicht den Beschäftigungsförderungsträgern zuzuordnen. Der Planungsablauf sei erheblich in Verzug gekommen, da Fragen wie zum Beispiel zum Urheberrecht nicht rechtzeitig erkannt und behandelt worden seien. Dies wolle er an dieser Stelle deutlich machen.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die weitere Fortführung des Projektes „Win-Win für Köln“, ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik bis zum 31.12.2020.
2. Er beauftragt die Verwaltung, die zur Umsetzung der Aufgabe erforderlichen und bisher bis zum 31.12.2019 befristet eingerichteten Stellen
1,0 Stelle StOI BGr. A10 LBesG NRW
1,0 Stelle VB EG 4, Fg.1 TVöD
bis zum 31.12.2020 zu verlängern.
3. Der Rat beschließt eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 180.000,- Euro für die Fortführung des Programms „Win-Win für Köln“ im Teilplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen im Haushaltsjahr 2019. Die Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlung im Teilfinanzplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Finanzstelle 5620-1004-0-5112, Finanzposition 5620.578.5100.7. Aufgrund von Projektverzögerungen beim Neubau Mündelstraße 52 werden die Mittel im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum nicht verausgabt und stehen zur Übertragung bereit.
4. Der Rat wird unterrichtet, dass sich die investiven Gesamtauszahlungen der Maßnahme „Sanierung und Revitalisierung des Parkcafés im Kölner Rheinpark“ von 2.720.000,- Euro um 1.080.000,- Euro auf 3.800.000,- Euro erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.5 Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen 2763/2019

Die Vorlage wurde zusammen mit der unter TOP 10.1 geführten Vorlage 1248/2019 vor Eintritt in die Tagesordnung inhaltlich diskutiert. Im Anschluss an die inhaltliche Diskussion, schlägt MdR Richter vor, die Vorlage zurückzustellen.

Beschluss:

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln
2908/2019**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Rettungshubschraubers (RTH) „Christoph 3“ und des Intensivtransporthubschraubers (ITH) „Christoph Rheinland“ (Luftrettungssatzung) in der als Anlage eins zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.7 Beschluss über die Planung und Durchführung eines Wettbewerblichen Dialogverfahrens sowie der anschließenden integrierten Planung zur Entwicklung eines städtebaulichen Masterplans auf Grundlage des Leitbildes Kreuzfeld – Ein gutes Stück Köln sowie Beschluss über die Beauftragung eines verfahrensbegleitenden Moderationsbüros und Beschluss über die Vergabe von Gutachten
hier: Bedarfsfeststellung
3536/2019**

MdR Dr. Krupp bittet darum, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.8 Beitritt der Stadt Köln zur Blockchain-Genossenschaft „govdigital eG“
3475/2019**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt unter dem Vorbehalt der Nichtbeanstandung durch die Bezirksregierung Köln:

1. Die Verwaltung der Stadt Köln wird vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltsatzung 2020/2021 ermächtigt, zum 01.01.2020 einen Geschäftsanteil an der gem. anliegender Satzung zu gründenden Genossenschaft „govdigital eG“ zu erwerben. Der Beitritt der Stadt Köln ist mit dem Einbringen eines Stammkapitals von 110.000,- Euro verbunden.
2. Die Verwaltung der Stadt Köln wird ermächtigt, im Rahmen der Mitgliedschaft eine technische Betriebsstätte innerhalb des interkommunalen Blockchain-Netzwerks aufzubauen.
3. Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird. Änderungen in diesem Sinne sind solche, die sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen als notwendig und zweckmäßig erweisen.
4. Der Rat entsendet Herrn Prof. Dr. Engel, Dienststellenleitung des Amts für Informationsverarbeitung als Vertreter der Stadt Köln in die Generalversammlung der Genossenschaft und stimmt einer etwaigen Wahl des vorgenannten Vertreters in den Aufsichtsrat beziehungsweise den Vorstand der Genossenschaft zu. Als stellvertretender Vertreter der Stadt Köln wird Herr Frank Bücher, stellvertretende Dienststellenleitung des Amts für Informationsverarbeitung, benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.9 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren 3252/2019

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der Vorsitzende darum, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.10 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren 3253/2019

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt der Vorsitzende vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.11 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln
3220/2019**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Ergänzung des zusätzlichen Ermäßigungstatbestands für Menschen mit einer Schwerbehinderung ab einem Grad der Behinderung von 50 Prozent unter Ziffer 2.2.2 der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Museen der Stadt Köln vom 15. Mai 2012 und 17. Dezember 2013 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.12 Errichtung der "MAKK-Förderstiftung"
3284/2019**

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass der Ausschuss für Kunst und Kultur die Vorlage zurückgestellt habe. Der Vorsitzende erläutert, dass die Vorlage somit bereits vor Eintritt in die Tagesordnung hätte abgesetzt werden müssen.

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**10.13 3. Satzung zur Änderung der Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln vom 18.11.2014
3688/2019**

MdR Dr. Krupp bittet darum, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, da noch Beratungsbedarf bestehe.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

11.1 Roncalliplatz:

hier: Antrag auf Durchführung der Konzertreihe "Legenden - Weltstars auf dem Roncalliplatz 2020"

3875/2019

Beschluss:

Der AVR beauftragt die Verwaltung, der E.-L. Hartz Promotion GmbH, Heisterbachstr. 25, 53173 Bonn den Roncalliplatz vom 28.07.2020 – 31.07.2020 (zuzüglich der notwendigen Auf- und Abbauarbeiten vom 22.07.2020 – 04.08.2020) zur Durchführung der Konzertreihe „Legenden – Weltstars auf dem Roncalliplatz 2020“ zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11.2 Integration der Veranstaltung „STRASSENLAND“ in den NRW-Tag 2020 3934/2019

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass die SPD-Fraktion sich in der letzten Sitzung des AVR für die Vorlage zu der Veranstaltung „STRASSENLAND“ ausgesprochen habe und auch heute für diese hätte stimmen können. Dies hätte allerdings die durch die Bezirksvertretung ursprünglich vorgeschlagenen Voraussetzungen zur Bedingung gehabt. Für die SPD-Fraktion sei von Beginn an klar gewesen, dass sie den NRW-Tag in Köln ablehnen werde. Man sei der Meinung, dass die Stadt Köln diese Veranstaltung nicht benötige, insbesondere nicht dann, wenn sie die finanziellen Mittel stellen müsse. Er nehme zudem zur Kenntnis, dass durch die Integration auch der Veranstalter für die Veranstaltung „STRASSENLAND“ wechsele. In dieser Form könne die SPD-Fraktion der Dringlichkeitsentscheidung nicht zustimmen.

MdR Richter spricht sich positiv für die Fusion der Veranstaltungen aus, da somit eine Veranstaltung weniger stattfindet und die Belastung für die Anwohnerinnen und Anwohner geringer ausfalle. Es seien noch Verbesserungen an der Vorlage denkbar, man wolle diese jedoch im Rahmen der Vorlage für den NRW-Tag besprechen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne der Dringlichkeitsvorlage demzufolge zustimmen.

MdR Frank nimmt Bezug auf den Ratsbeschluss zum NRW-Tag, welcher zwei weitere wesentliche Aspekte beinhalte. Ihm gehe es um den Aspekt der kostenlosen Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie die autofreie Altstadt beziehungsweise Innenstadt. Er bittet um eine Sachstandsmitteilung und erkundigt sich, wann mit einer entsprechenden Beschlussvorlage zu rechnen sei.

Herr Wieneke erläutert, dass die beiden angesprochenen Punkte in der Planung entsprechend berücksichtigt würden. Er gehe davon aus, dass im Februar oder März ein Konzept

vorliegen werde. Es würden zunächst die Rückmeldungen hinsichtlich der Vorschläge zu Programmpunkten abgewartet, diese dann selektiert und im Februar könne dann gemeinsam mit den eingebundenen Partnern ein Konzept erstellt werden. In Hinblick auf die ganztägige kostenfreie Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs erläutert Herr Wieneke, dass das Verkehrsministerium des Landes versuche alle Verkehrsverbünde Nordrhein-Westfalens dazu zu bewegen, an beiden Tagen kostenfreie Angebote zu bieten.

Beschluss:

Der AVR befürwortet die Integration der Veranstaltung „STRASSENLAND“ in den NRW-Tag 2020 unter Berücksichtigung der zwischen der Verwaltung und den Veranstaltern abgestimmten Eckpunkte einer Kooperationsvereinbarung (siehe Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion sowie Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DieLinke.

gez. Bernd Petelkau
(Vorsitzender)

gez. Melina Schacknat
(Schriftführerin)